

[NRW] Planstelle angenommen, Angebot aus anderem Bundesland

Beitrag von „FrozenYoghurt“ vom 27. Juni 2023 13:11

[Zitat von chilipaprika](#)

Ich vermiete keine Wohnobjekte, sondern arbeite mit Studis, die Praktikumsverträge unterschreiben und dann sagen ‚und? Wollen Sie mich etwa festhalten?‘, die eine Wohnung mündlich/schriftlich (läuft alles per Mail) bekommen und zusagen (nachweislich!) und dann woandershin gehen und der Vermieter hat einen Geldverlust, weil er jemandem anderen hätte vermieten können.

Und alles läuft eben nach ‚ich könnte tot umfallen‘ (das hatte ich tatsächlich auch schon als Grund).

Und diese beliebige/unzuverlässige Haltung zu Absprachen wird an der Uni eindeutig beobachtet. Die no-show-Quote bei kostenlosen (oder ‚am Tag bezahlen‘) Angeboten (Workshops zb) mit vorheriger Anmeldung und eingeschränkter TN-Zahl liegt bei fast 50% seit Corona.

Ich kann es halt nicht verstehen.

Es ist aber so: man entscheidet sich eben NICHT für die freie Wirtschaft mit ihrer möglichen Kündigung in der Probezeit, sondern für das Beamtenverhältnis (und in diesem Fall spielt es eine Rolle)

Okay, das ist natürlich aus deiner Sicht sehr ärgerlich und ich verstehe den Unmut, weil du am arbeitsaufwendigen Ende sitzt. Trotzdem: In einer Zeit des Fachkräftemangels ist es - anders als in den Jahrzehnten vorher - kein Arbeitgebermarkt mehr. Man muss als qualifizierte Fachkraft nicht mehr als Bittsteller auftreten und jeden Morgen Gott danken, eingestellt worden zu sein. Stattdessen schaut man natürlich bei einer entsprechenden Auswahl, was für einen selbst das Beste ist. Das ist in HR-Abteilungen von normalen Unternehmen (also sprich außerhalb der Sonderbubble Schule, im normalen Arbeitsleben) ganz normal. Und das kommt auch in den Köpfen der jungen Menschen an. Selbst die Schulleiter haben mir dazu geraten, beim Einstellungsverfahren nur auf mich zu schauen.

Durch meine Bewerbungen in verschiedenen Bundesländern kann ich übrigens nur den Kopf schütteln über die generellen Prozedere im Lehrereinstellungsverfahren. Denn die Behörden haben diesen angeblich so großen Mangel ja noch nicht mitbekommen, wenn ich nur lese, in welcher abschätzigem Befehlston mit mir als Bewerber in offiziellen Dokumenten kommuniziert wird. Als wären wir noch im Feudalsystem in einer absolut frechen Grundherrenart. Die Zeiten

ändern sich und auch die Schulbehörden müssen sich dem Wettbewerb um die Lehrer stellen, und das fängt mit normaler, wertschätzender Kommunikation an. Und mit modernen Arbeitsbedingungen kann sich das System ja nun überhaupt nicht rühmen. Insofern steht hier mein Eigeninteresse über allem anderen.

Die Stelle an der GS in NRW ist übrigens nicht direkt mit Verbeamtung, sondern erst mit 6-monatigem Tarifbeschäftigungsverhältnis. In dieser Zeit gelten (Gott sei Dank?) die normalen Regeln des Arbeitsrechts. Zweiwöchige, beiderseitige Kündigungsfrist.

Die Beratung der Gewerkschaft hat Folgendes ergeben (vlt. ganz interessant für andere Bewerber in ähnlicher Situation): Die schriftliche Annahme des Angebots in NRW begründet alleine keinen Arbeitsvertrag / Beschäftigungsverhältnis. Das passiert dann erst am ersten Arbeitstag, entweder durch Unterzeichnung eines Arbeitsvertrags oder der Entgegennahme der Beamtenurkunde (je nachdem, was vorgesehen ist). D.h., ich könnte bis zum 1.8. noch woandershin "durchbrennen".

Früher stand in dem schriftlichen Planstellenangebot wohl drin, dass man im Falle einer Unterzeichnung und anschließendem Nichtantritt eine Vertragsstrafe von 2500€ Zahlen müsse. Das wurde aber gerichtlich nach einer Klage als sittenwidrig erklärt und dann gekippt (für den Fall, das ältere Kollegen einem was erzählen wollen).